

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur

Karl H o n a y

Wien, Montag, den 13. Oktober 1924

Wiener Waisenkinder als Gäste des Bürgermeisters.

Für gestern, Sonntag, hatte der Bürgermeister die Waisenkinder zu Gäste geladen. - Ein Stück Freude - ein Stück Unterhaltung - ein Stück Vergnügen sollte auch ihnen das Musik- und Theaterfest spenden. Um 9 Uhr früh marschierten 1200 Waisenkinder (die Sonderzüge der Straßenbahnen bis zum Ring gebracht hatten) unter der Führung ihrer Lehrer und Aufsichtspersonen in den Arkadenhof des Rathauses ein. Hier waren 2 große Podien errichtet, das eine war für die Darbietungen des Mandolinen-Orchesters Bildungshort (Alsergrund), das andere für die heiteren Produktionen bestimmt, und daneben gab es noch für die Kleinen ein Kasperltheater - dieses freilich lockte auch größere Kinder an. Der Würstel spielte unermüdet zwei Stunden lang und bot ungefähr 20 verschiedene Stücke, eines schöner als das andere nach der aufrichtigen Freude der Kinder zu schließen.

Auf dem einen großen Podium traten zuerst Musik-Clowns auf, die ebenso wie eine Tanzgruppe Herr Direktor Panshetti von seinem Prater-Varieté zur Verfügung gestellt hatte. Diese Darbietungen weckten stürmischen Beifall der Kinder.

Dann kamen Clowns vom Zirkus Hagenbeck, die ersten Künstler ihres Faches. Sie hatten sich freiwillig gemeldet, jedes Honorar abgelehnt, da es doch galt, Waisenkindern eine frohe Stunde zu bereiten. Zuerst die Herren Hirsch, Stuchla, Andersen - Boston und Hoffmann - Corty junior. Die Ulke, die sie trieben und an denen die Kinder fast nicht mehr als Zuschauer allein sondern auch als Mitspieler teilnahmen, forderten den Jubel der Gesellschaft heraus. Nach der Frühstückspause, in der die Kinder mit Würstel und Gebäck bewirtet wurden, kam die zweite Clowns-Gruppe, Spichalsky - Brick - Achmüller. Die groteske „Wasserpantomime“ weckte unaufhörliches Gelächter. Die Künstler mußten eine Zugabe leisten, an der die kleinen Gäste ebensoviel Gefallen fanden, wie an allem vorhergehenden Spaß.

Zwischendurch spielte das Mandolinen-Orchester unter der Leitung des Professors Karl Friedenthal zur Freude der Kinder und zur größten Anerkennung der Erwachsenen. Den Schluß bildete der Blaue Donau-Walzer.

Inzwischen hatte sich im Hofe auch eine Deputation der Trachtenvereine eingefunden, die gekommen war, um den Bürgermeister zu begrüßen. Bald darauf wurde das Zeichen zum Abmarsch gegeben. Bürgermeister Seitz hielt eine Ansprache an seine kleinen Gäste, deren Recht als Kinder Wiens auf alle Veranstaltungen der Stadt er neuerlich hervorhob und unter Dankesgrüßen und Absingung von Liedern vollzog sich in derselben musterhaften Ordnung, welche bei aller Bewegungsfreiheit der Kinder die ganze Veranstaltung auszeichnete, der Abmarsch der Gäste, die abermals von Sonderzügen der

Straßenbahn in Empfang genommen wurden.

Vor dem Rathause auf dem Rathausplatze konzertierte zur gleichen Zeit eine Platzmusik, die von der Kapelle der Technischen Union bestritten war. Ein zahlreiches und dankbares Publikum lauschte den Darbietungen.

Sitzungen im Rathause.

Dienstag findet eine Sitzung des Stadtsenats statt. Freitag tritt der Gemeinderat zu einer Sitzung zusammen.

Musik- und Theaterfest der Stadt Wien.

Die heutige Vorstellung in der Volksoper.

Da Herr Bandler durch einen Grippeanfall ans Bett gefesselt ist, musste schon bei der gestrigen Vorstellung in der Volksoper „Der häusliche Krieg“ entfallen. Sollte Herr Bandler bis zur heutigen Abendvorstellung nicht hergestellt sein, so wird, um mit Rücksicht auf die zahlreichen Gäste aus dem Auslande, dies sich gerade für „Die glückliche Hand“ von Schönberg angemeldet haben, eine Verschiebung zu vermeiden, „Die glückliche Hand“ heute Abends zweimal gespielt. Diejenigen Besucher, die Wert darauf legen, auch Schuberts Singspiel „Der häusliche Krieg“ zu hören, können die für heute bereits gelösten Karten an der Abendkassa der Volksoper gegen Karten für die Freitagvorstellung, in der beide Werke aufgeführt werden, umtauschen.

Der Rechnungsabschluss vor dem Finanzausschuss In der heutigen Sitzung des Finanzausschusses des Gemeinderates erstattet Stadtrat Breitner

zunächst ein eingehendes Referat über den Rechnungsabschluss. Stadtrat Kunschak begründete die ablehnende Haltung seiner Partei. Er wies darauf hin, dass der grosse Ueberschuss bei den Strassenbahnen der seinerzeitigen Angaben über die Lage dieses Unternehmens nicht entspreche. Während beim Elektrizitätswerk auffallend geringe Gewinne verzeichnet seien. Der Vertreter der Opposition richtete ferner die Frage, warum im Gegensatz zu den übrigen städtischen Unternehmungen der Gewinn des Brauhauses nicht beim Unternehmen verbleibe, sondern in die Gemeindekassen fliesse. Im Besonderen bemängelte er, dass die Friedhofgebahrung mit einem wenn auch nur sehr grossen Ueberschuss abschliesse und dass auch das Veterinärwesen Erträge abwerfe. Wenn auch grosse Steuerbeträge für nutzbringende Zwecke verwendet werden, so würde es doch besser sein, diese Beträge dem Produktionsleben zu belassen da die öffentlichen Faktoren nicht mit demselben Erfolge wie die privaten, grosse Arbeiten, wie beispielsweise Bauten auszuführen in der Lage seien. Stadtrat Breitner erwiderte, dass er keineswegs den Standpunkt vertrete, nach besonderen Entschuldigungsgründen für diese aktive Gebahrung der Gemeinde suchen zu müssen. Es sei durchaus wünschenswert, dass im Gegensatz zu den Erfahrungen nach früheren Kriegen und auch vielen Erscheinungen, die sonst jetzt zu verzeichnen sind, die Gemeinde Wien nicht verarmt sei. Jene Vermögensbestände, die sich ansammeln, sind ja Eigentum der Allgemeinheit und kommen ihr zugute, ob es sich nun um Kassenbestände oder um die Schaffung von Werken handelt. Auch unter der christlich-sozialen Verwaltung wurden von der Gemeinde grösse öffentliche Arbeiten durchgeführt, es sei verwunderlich, dass nun plötzlich eine gegenteilige Auffassung zutage trete. Was gerade die Bauten anlangt, gehe eher die allgemeine Klage dahin, dass an der Gemeinde nicht mehr zu verdienen sei, und dass die Preise äusserst gedrückt werden. Bei den Strassenbahnen könne man absolut nicht von einer Täuschung des Gemeinderates sprechen. Würde der Strassenbahnpreis anstatt mit 1700 Kronen mit 1675 Kronen festgelegt worden sein, so gäbe es überhaupt keinen Ertrag. Eine derartige genaue Voraussicht ist bei Schwankungen, die schon die Witterung bei einem Verkehrsunternehmen bewirke, unmöglich und zudem könne doch der Tarif nur in gewissen runden Beträgen erstellt werden. Zur Zeit der verschiedenen Zuwendungen an die Angestellten war es tatsächlich so, dass Defizite sich ergeben hätten, wenn nicht eben immer wiederangeregt durch den ausserordentlich hohen Tarif Frequenzsteigerungen eingetreten wären. Gegenwärtig arbeite die Strassenbahn mit einem sehr erheblichen Defizit. Wenn aber dennoch nicht sofort mit einer Hinaufsetzung der Tarife vorge-

gangen werde, und auch jetzt noch nicht diese Massnahme erfolgt, so geschieht dies deswegen, weil abgewartet wird, ob nicht doch neue Verdichtungen des Verkehrs diese so unerwünschte Massnahme überflüssig machen. Der geringe Ertrag der Elektrizitätswerke erklärt sich leicht dadurch, dass der Strompreis nahezu halb so niedrig ist wie im Frieden. Der Ertrag beim Brauhaus verbleibt deshalb nicht beim Betrieb, weil die Gemeindeverwaltung hier im Gegensatz zu den übrigen Unternehmungen nicht den Standpunkt einnimmt, hier gerade zum Selbstkostenpreise abzugeben, sondern sich durchaus für berechtigt erachtet, den erzielten Gewinn dazu zu benützen, sonst notwendige Steuern nicht einzuheben. Was die Friedhofgebahrung anlangt, so ist sie nur scheinbar aktiv, denn selbst der geringe Ueberschuss von 200 Millionen der 1 % des Umsatzes ausmacht, ist fiktiv, weil nicht weniger als 1981

Investitionen, ohne auch nur mit der Verzinsung in der Rechnung scheinbar, aus Gemeindemitteln bestritten wurden. Ebenso ist beim Veterinärwesen, wenn man die bei den anderen Gruppen verrechneten Personallastentracht zieht, ein Ueberschuss nicht vorhanden. Der Rechnungsabschluss wurde vom Finanzausschuss genehmigt.

Verzicht der Gemeinde auf 3/16 % der Fürsorgeabgabe.

Zusammenhang mit der Genehmigung des Rechnungsabschlusses für 1923.

Erreichte auch ein Antrag zur Annahme, wonach die Gemeinde bei der mit 4 1/16 % festgesetzten Fürsorgeabgabe mit Wirkung vom 1. Oktober an auf die Einhebung von 3/16 % verzichtet. Dieser allgemeine Teil der Fürsorgeabgabe wird, also, sobald der Gemeinderat dem Beschluss des Finanzausschusses zugestimmt haben wird, mit nur 4 1/16 % zur Einhebung gelangen. Die Fürsorgeabgabe der Banken von 8 1/16 % bleibt unverändert. Ein Antrag des G.R. Zimmerl, die Ermässigung auf 4% festzusetzen, wurde abgelehnt. Dem Stadtrat Kunschak, der anregte, es möge auch die 8%ige Abgabe der Banken gegen deren Verpflichtung, eine Ermässigung der Debetkonditionen eintreten zu lassen, vermindert werden, erwiderte Stadtrat Breitner, dass es doch vorzuziehen sei, der Produktion ganz unmittelbar soweit entgegentzukommen, als es möglich sei, und nicht erst den wenig sicheren Weg einer Begünstigung der Banken zu wählen, die es ja doch immer in der Hand haben, bei den Konditionen der von ihnen gewährten Kredite, die Konzessionen, die sie jetzt machen würden wieder hereinzubringen.

Die christlichen Hausbesorger beim Bürgermeister.

In der heutigen öffentlichen Sprechstunde des Bürgermeisters erschien eine Abordnung der Gewerkschaft der christlichen Hausbesorger unter Führung des Gemeinderates Untermüller. Die Sprecher der Abordnung wiesen darauf hin, dass Stadtrat Weber ihnen Verhandlungen zugesagt hätte und legten den Standpunkt ihrer Organisationen dar, die den Etwaigen Plan, die Gehsteigreinerung zusammen mit der Hausreinigung zu lösen, für nicht für zweckmässig halten. Bürgermeister versprach, sich mit den beteiligten Stadträten ins Einvernehmen zu setzen. Wenn Stadtrat Weber etwas versprochen habe, so werde er gewiss seine Zusage einlösen. Was die Frage der Gehsteigreinerung selbst anlangt, so sei es klar, dass die Gemeinde wohl verpflichtet sei die Strassenreinigung aber nicht die Gehsteigreinerung durchzuführen. Das in der Entwicklung begriffene System der maschinellen Strassenreinigung schliesse die Einbeziehung der Gehsteigreinerung schon aus technischen Gründen vollkommen aus. Dazu kommt auch, dass die Gemeinde eine neue grosse Belastung nicht übernehmen könne. Von jeher war die Strassenreinigung den Hausbesitzern, bzw. den Hausbesorgern überlassen, an diesem Zustande lasse sich natürlich nichts ändern. Die Frage der Entlohnung der Hausbesorger für ihre Leistungen und daher auch für die Gehsteigreinerung sei selbstverständlich eine ständige Sorge. Wie bisher würden auch fernerhin die zuständigen Stellen der Landesregierung in gegenseitigen Verhandlungen und Vereinbarungen zwischen den massgebenden Mieter- und Hausbesorgerorganisationen die Frage der Gehsteigreinerung regeln.